

Nord-Südgefälle spaltet die Menschenrechtskonferenz

Die zweite Weltmensenrechtskonferenz, die vom 14. bis 25 Juni in Wien stattfindet, wird überschattet von einem tiefen Nord-Südgefälle. In Fragen der Menschenrechte schweift ein Konflikt zwischen den asiatischen und lateinamerikanischen Ländern einseits und den westlichen Staaten andererseits.

China und der Iran zum Beispiel vertreten die Auffassung, daß die Menschenrechte von kulturellen und religiösen Besonderheiten eines Landes abhängen und nicht universell gelten.

Viele asiatische Sprecher sehen die Armut als ein Haupthindernis für die Wahrung der Menschenrechte. Für die wachsende Kluft zwischen Nord und Süd trügen die Industrienationen große Verantwortung; aus diesem Grund müssen sie ihren Einfluß auf die Menschenrechtssituation überprüfen. Diese Länder kritisieren, daß die Rechte auf Nahrung, Wohnung und Bildung im westlichen Menschenrechtskonzept kaum Beachtung fänden. Indien hebt vor allem das »Recht auf Entwicklung« als Menschenrecht hervor, das anderen Rechten den Weg ebne. Die westlichen Staaten reklamieren dagegen die Menschenrechte als universelles Prinzip, das nicht unter dem Vorwand kultureller Verschiedenheit oder des »Rechts auf Entwicklung« ausgehöhlt werden dürfe.

Volkmar Deile, Sprecher von amnesty international, kritisiert die schlechte Vorbereitung des Treffens. Im Taumel der Ost-West Annäherung hätten die Europäer einen Dialog über strittige Fragen einfach »verschlafen«. Deile sieht den Grundsatzstreit darüber, ob die Menschenrechte universell seien, als verheerend an. Der Konflikt werfe die Bemühungen zum internationalen Schutz der Menschenrechte um Jahre zurück. Der Generalsekretär der Konferenz, Fall, dagegen betrachtet es als Erfolg, daß endlich auch über das Recht auf Entwicklung debattiert werde.

Für das Schicksal Tibets ist die Konferenz von großer Bedeutung. Es ist nach

25 Jahren die erste Menschenrechtskonferenz, und die Tibeter hoffen, daß sich die Weltgemeinschaft endlich ihrer annehmen wird. Schon seit einigen Jahren ist der Druck auf China gewachsen, aber ein Durchbruch hin zu einer vorbehaltlosen Verfechtung der Menschenrechte in Tibet ist noch nicht erzielt worden.

Der Dalai Lama reist auf Einladung des österreichischen Außenministers nach Wien, um an einer Diskussion der Friedensnobelpreisträger teilzunehmen. Die Tibet-Unterstützergruppen haben vielfältige Aktionen geplant, um auf die Bedrohung der Tibeter aufmerksam zu machen.

Dalai Lama bei Clinton — ganz privat im Weißen Haus

Im April bereiste der Dalai Lama für einige Tage die USA, um auf die bedrohliche Situation im besetzten Tibet hinzuweisen und wirtschaftliche Sanktionen gegen China zu fordern. Präsident Clinton mußte in diesen Tagen entscheiden, ob die seit 1980 gewährten Handelsvorteile (Meistbegünstigungsrecht) für China verlängert werden. Nach einem kurzen Gespräch mit dem Dalai Lama sagte Clinton, er wolle, anders als sein Vorgänger, in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf die Einhaltung der Menschenrechte drängen. Prompt kritisierte Peking den Präsidenten für das Treffen mit dem Dalai Lama, da dieser ein Gegner der chinesischen Regierung sei und Versuche unternähme, China zu spalten.

In der Umgebung des Präsidenten beilte man sich, den offiziellen Charakter des Treffens herunterzuspielen. Clinton habe den Dalai Lama getroffen, weil er ein »wichtiger spiritueller Führer« sei; es sei ein Akt der Höflichkeit gewesen, da der Dalai Lama bei Vizepräsident Gore zu Gast war. Staatssekretär Christopher, mit dem Seine Heiligkeit ebenfalls zusammengetroffen war, betonte seine Sorge um die Menschenrechtssituation »in China, einschließlich Tibet« und untermauerte mit dieser Formulierung die herkömmliche Politik der USA, Tibet als

einen Teil Chinas anzusehen.

Die Gewährung der Handelsvorteile für China (Meistbegünstigungsklausel) wurde von Clinton für ein weiteres Jahr verlängert. In Zukunft sollen sie allerdings von Fortschritten bei den Menschenrechten und bei der Kontrolle der Verbreitung von Atomwaffen abhängig gemacht werden. Tibet wurde dabei ausdrücklich genannt.

Dalai Lama in London: »Kulturellen Völkermord beenden!«

Bei seiner Ankunft in London warf der Dalai Lama den chinesischen Behörden vor, sie verübten »kulturellen Völkermord«. Besonders brisant, so das geistige und politische Oberhaupt Tibets, sei die massive und fortlaufende Ansiedlung von Chinesen, die die Tibeter zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land macht. Mittlerweile lebten in Tibet sieben Millionen Chinesen und sechs Millionen Tibeter.

Aus dem Außenministerium in London war zu hören, man empfangen den Dalai Lama als Geistigen Führer und halte an der Politik fest, Tibet als eine autonome Region innerhalb Chinas zu sehen. Gerade im Moment, als es prekäre Diskussionen zwischen England und China über die Demokratisierung Hongkongs gibt, will London alle Irritationen zwischen beiden Staaten vermeiden. Das scheint jedoch nicht vollends gelungen zu sein. Nach dem Gespräch des Dalai Lama mit Außenminister Hurd zitierte das chinesische Außenministerium den britischen Botschafter McLaren zu sich, um über den »Eingriff in die inneren Angelegenheiten Chinas« zu protestieren.

Seine Heiligkeit traf auch mit dem Erzbischof von Canterbury und Vertretern von amnesty international zusammen. Der Dalai Lama sagte: »Ich appelliere von Herzen an die Weltgemeinschaft, wie auch immer zu helfen, damit Tibet gerettet wird.« Zwar dürfe China nicht von der internationalen Gemeinschaft isoliert werden, aber alle Mittel des wirtschaftlichen Drucks sollten ergriffen

werden, um die chinesische Regierung zu einer Umkehr ihrer Tibetpolitik zu bewegen.

In zahlreichen öffentlichen Vorträgen warb er um Verständnis für die einzigartige tibetische Kultur und legte ein lebendiges Zeugnis ab vom Wesen der tibetischen Weisheit.

Richard Gere: »Kein Oscar für Tibet«

Die Sternchen des Films in Hollywood mögen keine Politik. Bei der Oscar-Verleihung in Los Angeles verbreitete sich Unruhe, als Richard Gere, der Buddhist ist, die chinesische Regierung für ihre Menschenrechtsverletzungen kritisierte.

Er wandte sich zudem gegen die Praxis der amerikanischen Regierung, Tibet als »Teil Chinas« zu bezeichnen. Die Veranstalter teilten mit, der Schauspieler werde nicht mehr eingeladen — es sei denn, er wird selbst für einen Oscar nominiert. Immerhin konnten 75 Millionen Amerikaner und eine Milliarde Menschen weltweit die Statements mitverfolgen.

Peking und Bonn in Eintracht

Während der Dalai Lama einzelne europäische Länder und die USA bereiste, empfing die Bonner Regierung den chinesischen Außenminister Qian Qichen und bastelte am guten Verhältnis zu China. Richard von Weizsäcker bekundete trotz seiner geschätzten wohlwollenden Haltung gegenüber den Tibetern zur Enttäuschung von Tibetfreunden den deutschen Willen, die Beziehungen zur Volksrepublik »auf ganzer Breite zu entwickeln«. Klaus Kinkel betonte die wachsende Bedeutung Chinas als wirtschaftlicher und politischer Partner. Qian Qichen sah seine Reise als »vollen Erfolg« an und sprach von einer »neuen Phase freundschaftlicher Beziehungen« zwischen Bonn und Peking.

Qian vergab großzügige Aufträge an ostdeutsche Firmen, Entwicklungshilfeminister Spranger wird sich für die Regierung erkenntlich zeigen, wenn er im Juli nach China reist. Über das Thema



1981 kam es zur ersten Begegnung zwischen dem Dalai Lama und Richard Gere, Vorstandsmitglied des Tibet House in New York.

Menschenrechte seien beide Seiten nach Aussagen Qians zu der Einsicht gekommen, daß darüber auf gleichberechtigter Basis und ohne Einmischung in innere Angelegenheiten gesprochen werden müsse.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker nahm den Besuch zum Anlaß, die Bundesregierung aufzufordern, die Unabhängigkeit Tibets formell anzuerkennen. Bonn solle ein deutliches Zeichen gegen die »chinesische Politik des Völkermordes und der kulturellen Auslöschung der Tibeter« setzen. Die für 1993 bereits zugesagten 231 Millionen Deutsch Mark Entwicklungshilfe müßten von der Achtung der Menschenrechte abhängig gemacht werden. Der SPD-Abgeordnete Klaus Kübler rief dazu auf, den Dalai Lama in seiner Forderung nach Gesprä-

chen zwischen Tibetern und Chinesen über die Zukunft Tibets ohne Vorbedingungen zu unterstützen. Weiter setzte sich der Abgeordnete dafür ein, daß der Dalai Lama — wie in den USA und England — auch von deutschen Spitzenpolitikern empfangen wird.

Heikler EG-Besuch in Tibet, im Vorfeld Verhaftungen

In Lhasa kam es am 18. Mai zu einer Reihe willkürlicher Verhaftungen von Tibetern, die sich für Menschenrechte engagiert hatten. Laut Berichten der Menschenrechtsorganisation amnesty international wurden über 100 Menschen verhaftet. Schon einige Tage zuvor waren drei Tibeter inhaftiert worden, unter an-

derem der 46-jährige Reiseleiter Gendun Rinchen. Es scheint ein enger Zusammenhang zu dem Besuch der bisher höchstrangigen ausländischen Delegation europäischer Politiker zu bestehen, die die Menschenrechtssituation in Tibet erkundete: Mit den Verhaftungen wollte die chinesische Besatzungsmacht verhindern, daß die Tibeter den Diplomaten über ihre Leiden berichten. Die Weitergabe von Informationen über die Menschenrechtssituation an Ausländer wird nach chinesischem Recht als Spionage betrachtet; Spionage wird unter Umständen mit dem Tode bestraft.

Es besteht große Gefahr, daß die Gefangenen gefoltert werden. Erst im September drangen Fotos aus einem Gefängnis in Lhasa an die Öffentlichkeit; sie zeigten zwei Häftlinge, die als Folge von Mißhandlungen gelähmt waren. pro-tibetische Gruppen in London, Washington und Bonn forderten die EG-Delegation dringend auf, ihre Reise abzubrechen, wenn die Verhafteten nicht freigelassen werden.

Nachdem es Diplomaten in Peking endlich gelungen war, mit ihren Delegationsmitgliedern Kontakt aufzunehmen und sie von den Verhaftungen in Kenntnis zu setzen, wurde die Reise am 21. Mai unterbrochen und die chinesische Regierung zur Stellungnahme aufgefordert. Diese gab die Verhaftungen schließlich zu, weigerte sich aber, die Gesamtzahl aller Verhaftungen zu nennen.

Nach BBC-Berichten war es der EG-Delegation nicht erlaubt, ein Arbeitslager zu besuchen, und im Gefängnis war es ihr nicht gestattet, mit den Gefangenen zu sprechen. Von den drei verhafteten Tibetern soll eine Frau freigelassen worden sein, aber die Delegation durfte weder sie noch die beiden anderen Gefangenen sehen.

In der EG-Delegation vertreten waren Dänemark, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande und

Spanien sowie Frankreich, das Vereinigte Königreich und Griechenland.

Eine sechsköpfige Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages reiste unter der Leitung von Dr. Hans Stercken (CDU) zu diesem Zeitpunkt ebenfalls für zwei Tage nach Tibet. Die Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP wollten den chinesischen Freunden eine Liste mit Namen politischer Häftlinge überreichen. Sie hatten zudem den Wunsch geäußert, Gefängnisse in Tibet zu besichtigen. Der Besuch war eingebunden in die Bemühungen um eine deutsch-chinesische Annäherung und hat offiziellen Charakter.

Beide Delegationen reisten am 23. Mai zurück, also an dem Tag, an dem China wie jedes Jahr die »friedliche Befreiung Tibets« anläßlich der Unterzeichnung des 17-Punkte-Abkommens im Jahre 1951 feiert.

Schwere Unruhen in Tibet

Nach Berichten von Presseagenturen soll am 24. Mai ein Großaufgebot von Polizisten gegen mehrere tausend Demonstranten in Tibets Hauptstadt Lhasa vorgegangen sein.

Nach einer Meldung des BBC wurden gegen die Demonstranten Tränengas und zwei Militärfahrzeuge mit Maschinengewehren eingesetzt, als Forderungen nach einem freien Tibet laut wurden.

Der gewalttätige Aufruhr entwickelte sich nach Schilderungen von ausländischen Touristen aus einem zunächst friedlichen Protest gegen drastische Preissteigerungen und gegen die chinesische Fremdherrschaft. Auch die Polizeistation am Barkor soll angegriffen worden sein.

Der Demonstrationzug setzte sich aus Frauen, Männern, Mönchen, Nonnen und selbst Kindern zusammen.

Augenzeugen wollen Schüsse gehört haben. Es kam zu teilweise tödlichen Verletzungen und zahlreichen Verhaftungen.

Eine tibetischkundige Amerikanerin wurde sofort des Landes verwiesen. Touristen, die den Vorfall beobachtet und fotografiert hatten, wurden für mehrere Stunden in ihrem Hotel festgehalten.

Keine Hosen aus China

Der US-amerikanische Jeans-Hersteller LEVI's will sich aufgrund von Menschenrechtsverletzungen schrittweise aus dem Geschäft mit China zurückziehen. Das betrifft die Produktion von 50 Millionen Hosen durch 30 chinesische Subunternehmer. »Wir wollen nicht, daß Kunden an Zwangsarbeit oder Kinderarbeit denken, wenn sie unsere Hosen und Hemden tragen«, sagte ein Sprecher des Unternehmens.

LEVI's operiert in 40 Ländern. Schon im letzten Jahr hatte man Verträge mit Birma aufgrund der politischen Mißstände gelöst. Die Firma nimmt die allgemeine Erklärung der Menschenrechte als Maßstab, um die Partnerländer politisch abzuklopfen. LEVI's stellte in Aussicht, die Entscheidung zu revidieren, wenn sich die Situation in China verbessert.

Dalai Lama beim Gebet in Auschwitz

Der Dalai Lama nahm am 19. Mai zusammen mit einem Rabbiner und einem katholischen Priester an einem Gebet in dem vor kurzem errichteten ökumenischen Informations- und Dialogzentrum der polnischen Stadt Oswicim (Auschwitz) teil. Zuvor besuchte er das Gelände des früheren Konzentrationslagers Auschwitz/Birkenau.

Der Dalai Lama hielt sich fünf Tage in Polen auf, um mit Persönlichkeiten aus Religion, Kultur und Politik zusammenzutreffen.